

Erste Ergebnisse einer Studie zu Frauen in der Kommunalpolitik

Von der bisher umfangreichsten empirischen Studie über Kommunalpolitikerinnen in Deutschland liegen jetzt erste Ergebnisse vor. Danach wird Kommunalpolitik heute von Frauen gemacht, die überwiegend älter als 40 Jahre und überdurchschnittlich gebildet sind. Zwei Drittel der Kommunalpolitikerinnen sind erwerbstätig, die Hälfte davon in Teilzeit. Der Einstieg in die Politik erfolgt eher ungeplant und spontan. 62 Prozent bekamen den Anstoß von außen, 38 Prozent wollten von sich aus politisch aktiv werden. Und nur vier Prozent der Frauen wollen die Kommunalpolitik als mögliches Sprungbrett für eine politische Karriere nutzen.

Die Studie

Die Studie wird von der Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Fragen: Wer sind die ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und wie waren ihre Einstiegswege? Befragt wurden über 1.000 Stadt- und Gemeinderätinnen. Ergänzend wurden Intensivinterviews mit 25 ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen durchgeführt.

Die Zahlen

Im kommunalpolitischen Bereich sind Frauen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Nur ein Viertel der Mandate ist im Durchschnitt mit Frauen besetzt. In den hauptamtlichen Positionen, wie Oberbürgermeisterin oder Landrätin, liegen die Frauenanteile lediglich bei fünf Prozent.

Die Frauen

64 Prozent der ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen sind 40 bis 60 Jahre alt, weitere 25 Prozent über 60 Jahre alt. Frauen mit Kindern engagieren sich in der Kommunalpolitik in der Regel erst zu einem Zeitpunkt, in dem die Kinder älter als 16 Jahre sind und keine intensive Betreuung mehr benötigen (61 Prozent). Denn der zeitliche Umfang des kommunalpolitischen Engagements beträgt bei über der Hälfte zwischen zehn und 20 Stunden pro Woche. Die Frauen sind überdurchschnittlich hoch gebildet. Fast jede zweite hat einen Hochschulabschluss. Zwei Drittel der Erwerbstätigen arbeitet in Teilzeit. "Kommunalpolitik schöpft heute also vorwiegend aus einem Reservoir gut ausgebildeter Frauen, die über ausreichende zeitliche (und materielle Ressourcen) für das Engagement verfügen", so die Schlussfolgerung der Autorinnen der Studie. Dafür spreche unter anderem, dass die Partner der Kommunalpolitikerinnen (82 Prozent leben in einer festen Partnerschaft) mehrheitlich einer Vollzeitberufstätigkeit nachgehen.

Die Motivation

Das Bedürfnis, "sich über den eigenen Tellerrand hinaus" zu engagieren, ist für 81 Prozent der Befragten die Hauptmotivation, Kommunalpolitik zu betreiben. Für 56 Prozent ist aber auch die eigene Weiterentwicklung wesentlicher Antrieb. 41 Prozent wollen ein konkretes Thema in ihrer Gemeinde oder Kommune voranbringen.

Der Einstieg

Dazu passt, dass 86 Prozent der ehrenamtlich tätigen Befragten vor der Übernahme des kommunalpolitischen Amtes bereits in bürgerschaftlichen Zusammenhängen, Parteien oder kommunalpolitischen Gremien engagiert war. Viele Frauen haben zuvor in Elternvertretungen von Kindertagesstätten oder Schulen mitgearbeitet und sind über diese Erfahrungen zur Kommunalpolitik gekommen.

Die Ergebnisse münden in Empfehlungen, wie die kommunalpolitische Partizipation von Frauen erhöht werden kann.

Weiterführende Links

- [Engagiert vor Ort - Einstiegswege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen \(PDF-Datei\)](#)
- [EAF-Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V.](#)
- [Kampagne "Frauen Macht Kommune"](#)
- ["Kampagne für mehr Frauen in der Kommunalpolitik"](#)
- ["Von Alltagsheldinnen und Lokalexpertinnen - Kommunalpolitikerinnen im Porträt"](#)

WIESBADEN – Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) lag der Abstand der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste von Männern und Frauen im Jahr 2007 im früheren Bundesgebiet mit 24% wesentlich höher als in den neuen Bundesländern mit 6%. Die regionalen Differenzen lassen sich auf deutlich höhere Verdienste der Männer in den alten Bundesländern im Vergleich zu den neuen Ländern zurückführen. So lag der Bruttostundenverdienst von Männern im früheren Bundesgebiet um 45% über dem der Männer in den neuen Bundesländern. Bei den Frauen betrug dieser Unterschied lediglich 17%.

Bundesweit wurde für das Jahr 2007 ein Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern in Höhe von 23% ermittelt. In den Wirtschaftszweigen, in denen viele Frauen tätig sind, fällt der geschlechterspezifische Verdienstabstand überdurchschnittlich hoch aus. Dies gilt insbesondere für die Wirtschaftszweige Unternehmensnahe Dienstleistungen (30%), Verarbeitendes Gewerbe (29%), Handel (25%) sowie Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (24%).

Insgesamt ergeben sich für 2007 im Vergleich zum Vorjahr kaum Veränderungen der Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern.

Zur Ermittlung des geschlechterspezifischen Verdienstabstandes für das Jahr 2007 wurden die Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2006 mit Zahlen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung fortgeschätzt. Dieses Vorgehen ist notwendig, da die Verdienststrukturerhebung nur alle 4 Jahre durchgeführt wird.

Mit dieser Pressemitteilung korrigiert Destatis auch Angaben in der Pressemitteilung 310/08 vom 26.08.2008 zum Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern im Jahr 2006 für Deutschland insgesamt, das frühere Bundesgebiet und den Wirtschaftszweig Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen um jeweils einen Prozentpunkt nach unten.

Untergliederung	Verdienstabstand	
	2006	2007
Abstand des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes von Frauen und Männern für die Jahre 2006 und 2007 in %		
Insgesamt	23	23
Nach Gebietsständen		
Früheres Bundesgebiet	24	24
Neue Länder	6	6
Nach Wirtschaftszweigen		
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	5	6
Verarbeitendes Gewerbe	28	29
Energie- und Wasserversorgung	21	21
Baugewerbe	14	15
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	25	25
Gastgewerbe	13	13
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	9	8
Kredit- und Versicherungsgewerbe	29	29
Unternehmensnahe Dienstleistungen	30	30
Erziehung und Unterricht	16	17
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	24	24
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	22	23

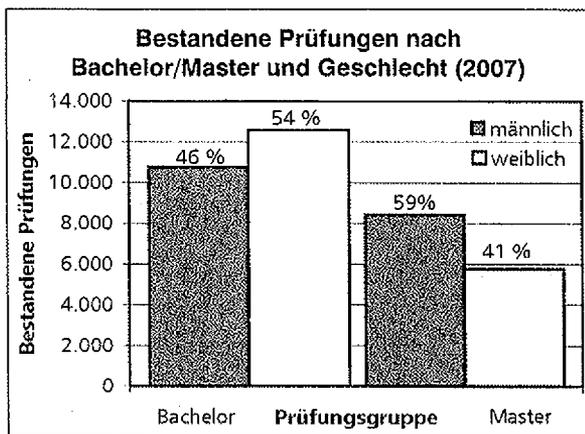
Gender-Gap: Unterschiede bei neuen Abschlüssen Bachelor für Frauen und Master für Männer?

zwd Bonn (jvo). Frauen stellen unter den Bachelor-Absolventinnen die Mehrheit. Über diesen ersten akademischen Grad hinaus schaffen es indes weit häufiger die Männer. Das geht aus einem Bericht zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen hervor, den die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) am 15. Oktober veröffentlicht hat. Demnach erlangten 2007 zu 59 Prozent männliche Studierende einen Master-Abschluss. Der unterschiedlich große Anteil von Frauen und Männern bei den Absolventinnen lässt sich der HRK zufolge teilweise mit der Fächerstruktur der gegenwärtig angebotenen Studienmöglichkeiten erklären. In den frühzeitig umgestellten Bachelor-Programmen waren wesentlich mehr Studierende in Studiengängen der Sprach- und Kulturwissenschaften – mit

überdurchschnittlichem Frauenanteil – immatrikuliert, heißt es im Bericht.

Fast jeder dritte Studierende an deutschen Hochschulen ist bereits in einem der neuen Studiengänge eingeschrieben (30,9 %). Der Anteil der weiblichen Studierenden lag 2006 in den angestrebten Prüfungsgruppen Bachelor und Master jeweils bei etwa 45 Prozent.

Der Bericht zum Download unter www.zwd.info → Dokumente



Gleichstellung Studiengebühren wirken kontraproduktiv

zwd Hannover (jvo). Unsichere Finanzierungssysteme und Bafög-Verschuldungen stellen gerade für Frauen eine Barriere dar, ein Studium zu beginnen. Die Einführung von Studiengebühren verschärft dieses Problem. Das geht aus einer am 31. Oktober veröffentlichten Studie des Forschungsinstituts HIS hervor, das im Auftrag des Bundesbildungsministeriums die Effekte von Studiengebühren untersuchte. Als Ergebnis fasste das Forschungsinstitut zusammen, dass der Studienverzicht sowohl bei Frauen als auch bei Jugendlichen aus hochschulfernen Elternhäusern überdurchschnittlich ausgeprägt ist.

Der Studentische Dachverband fzs sieht sich durch die Studie in seiner Auffassung bestätigt, dass Studiengebühren aus gleichstellungspolitischer Sicht ein „falsches Signal“ sind. „Wer die Gleichberechtigung der Geschlechter will, muss auf Maßnahmen verzichten, die Frauen den Zugang zur Hochschule erschweren“, kommentierte Florian Keller, Mitglied des fzs-Vorstands, die Ergebnisse.

Nach Einschätzung von Silke Lorch-Göllner, Frauenbeauftragte der Philipps-Universität Marburg, werden sich Studiengebühren kontraproduktiv auf die familienpolitischen Kampagnen der Bundes- und Landesregierungen auswirken. Sie geht davon aus, dass junge Paare aufgrund der zusätzlichen finanziellen Belastung zunehmend zögern, eine Familie zu gründen. Gerade Studentinnen mit Kind seien häufig auf einen Zusatzverdienst angewiesen. Wenn sie Gebühren zahlen müssen, sei ihre finanzielle Situation noch angespannter.

Der HIS-Studie zufolge liegt der Anteil der Studienberechtigten des Jahrgangs 2006, die aufgrund von Gebühren auf ein Studium verzichten, bei 1,4 Prozent. Für weitere 3 Prozent ist die Aufnahme eines Studiums noch unsicher.

Die Studie im Netz unter www.his.de

:wd Frauen.Gesellschaft u. Politik Nr. 260/2008

EU-Bericht deckt Versorgungslücken in der Kinderbetreuung auf

zwd Brüssel (jvo). Die Kinderbetreuung ist nach wie vor ein großes Problem für erwerbstätige Mütter in der EU. Zu diesem Ergebnis kommt die EU-Kommission in ihrem Bericht zur Umsetzung der Barcelona-Ziele. Demnach haben lediglich fünf EU-Mitgliedsstaaten die Zielvereinbarung aus dem Jahr 2002, für mindestens ein Drittel der Kinder unter drei Jahren Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen, erfüllt: Portugal, Großbritannien, Frankreich, Luxemburg und Slowenien. Immerhin acht Länder, darunter auch Deutschland, hielten ihr Versprechen, für 90 Prozent der Kinder von drei Jahren bis zum Schulalter Betreuungsangebote bereitzustellen.

Der Mangel an Betreuungsmöglichkeiten ist nach Auffassung der EU-Kommission ein Problem sowohl in Bezug auf

die Gewährleistung gleicher Chancen als auch hinsichtlich des Wirtschaftswachstums. „Aufgrund der Verschiebung der Alterspyramide wird der Arbeitsmarkt der EU künftig auf Frauen angewiesen sein“, unterstrich Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit am 3. Oktober in Brüssel. Er appellierte an die Regierungen der Mitgliedsstaaten, die Kinderbetreuung auszubauen. Um ihre Anstrengungen zu unterstützen bewilligt die EU Finanzmittel in Höhe von insgesamt 500.000 Millionen Euro für den Zeitraum von 2007 bis 2013. **Der Bericht zum Download unter www.frauen.zwd.info**



Vladimír Špidla

Diskriminierung

„Geschlecht“ und „Alter“ – doppelte Betroffenheit

zwd Berlin (tag). Für Betroffene von Altersdiskriminierung im Bereich des Zivil- und Arbeitsrechts bietet die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) seit ihrer Gründung im Jahr 2006 Beratung an. Nach einer aktuellen ADS-Statistik für den Zeitraum August 2006 bis Oktober 2008 lag der Anteil der Beratungsanfragen bei Mehrfachdiskriminierungen für die Merkmalkombination „Alter und Geschlecht“ mit 27 Prozent am höchsten, gefolgt von „Behinderung und Alter“ (14 %).

Werden die Einzelmerkmale „Alter“ und „Geschlecht“ betrachtet (siehe Tabelle), so liegt der Frauenanteil bei den

Anfragen zu „Geschlecht“ mit 315 von 546 Personen deutlich höher als beim „Alter“. Hinsichtlich dieses Diskriminierungsmerkmals konnten 141 von insgesamt 449 Anfragen weiblichen Beratungssuchenden zugeordnet werden. Bei den Mehrfachkombinationen „Geschlecht und andere Merkmale“ sowie „Alter und andere Merkmale“ halten sich männliche und weibliche Ratsuchende ungefähr die Waage.

Nach Auskunft der ADS-Pressereferentin Antje Goll teilen nicht alle Personen ihr Geschlecht mit, wenn sie sich an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes wenden, so dass nicht in je-

dem Fall eine eindeutige Zuordnung zu einem Geschlecht möglich ist. Die Fragen, mit denen sich SeniorInnen wegen Altersdiskriminierung an die ADS wenden, sind unterschiedlicher Art. Sie reichen von Altersgrenzen für ältere Menschen bei Kreditverträgen, Ratenzahlungsvereinbarungen und im Freizeitbereich (Fitness-Studios) bis hin zu Mobbing von älteren Beschäftigten.

Image, Gesundheit, Renten

Die doppelte Diskriminierung speziell von SeniorInnen existiert in vielen Formen. Konkrete Fälle aus dem Archiv des „Büros gegen Altersdiskriminierung“ belegen, dass ältere Frauen vor allem in den Bereichen „Image“, „Gesundheit“ und „Renten“ diskriminiert werden. Berichtet wird etwa von Marketingstrategien, die Ängste vor dem „Bild der gealterten Frau“ schüren, um für Kosmetikprodukte zu werben.

www.antidiskriminierungsstelle.de
www.altersdiskriminierung.de

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS): Beratungsanfragen zu Alters-, Geschlechts- und Mehrfachdiskriminierung				
Merkmale der Diskriminierung	Alter	Alter und andere Merkmale	Geschlecht	Geschlecht und andere Merkmale
Fälle (insgesamt)	449	83	546	72
davon Frauen	141	40	315	47

Quelle: Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), Zahlen seit 2006.

Kabinettsbeschluss zum Familienleistungsgesetz Hartz IV-Empfängerinnen haben von Kindergelderhöhung keinen Cent mehr

zwd Berlin (tag). Die Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke haben das am 15. Oktober vom Bundeskabinett beschlossene Familienleistungsgesetz kritisiert. Die darin vorgesehene Kindergelderhöhung komme nicht bei Hartz IV-Empfängerinnen an, lautete die einhellige Kritik.

„Es kann nicht sein, dass nicht nur Durchschnittsverdiener, sondern auch Besser- und Bestverdienende für ihr unterhaltspflichtiges Kind zehn Euro mehr erhalten, aber einer Hartz IV-Empfängerin dieser Betrag vom Regelsatz abgezogen wird, so dass sie für ihr Kind keinen Cent mehr erhält“, monierte der Vorsitzende der Linksfraktion, Gregor Gysi. In ihrem Antrag „Kindergelderhöhung sofort auch bei Hartz IV wirksam machen“ (Drs. 16/10616) vom 15. Oktober fordert die Linksfraktion, dass die vom Kabinett beschlossene Kindergelderhöhung von der Anrechnung auf die Hartz IV-Regelsätze ausgenommen wird.

Die kinder- und familienpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Ekin Deligöz, kritisierte, die Kindergelderhöhung sei weder zielgerichtet noch passgenau. Gut verdienende Eltern bekämen weiterhin mehr, und arme Kinder hätten weniger als vorher, da das Kindergeld komplett auf das Sozialgeld angerechnet wird, so Deligöz.

SPD: Eine Frage der Grundsicherungs-Konstruktion

Für die SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Lösekrug-Möller sowie Margrit Zauner, Mitglied im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), ist die Kritik der Oppositionen zwar inhaltlich verständlich. Allerdings setze sie

an der falschen Stelle an. „Denn für die Grundsicherung gilt das Bedürftigkeitsprinzip, das Kindergeld wird als Einkommensbestandteil auf die Leistungen der Grundsicherung angerechnet“, erläuterte Lösekrug-Möller. Diese Konstruktion sei allen, die damals das SGB II entwickelt haben – CDU/CSU, Grüne und SPD – klar gewesen, unterstrich Arbeitsmarktexpertin Zauner.

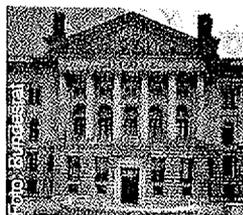
Nach den Worten von Lösekrug-Möller wird jedoch gehandelt, wo der

Bedarf am dringendsten ist, etwa beim Schulbedarfspaket in Höhe von 100 Euro für Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 10, die in Bedarfsgemeinschaften leben. Beide SPD-Politikerinnen sprachen sich dafür aus, die Konstruktion der Grundsicherung zu überdenken, um eine Verbesserung der Leistungen für Kinder in der Grundsicherung zu erreichen – etwa mit einem eigenständigen SGB II-Regelsatz für Kinder.

Veränderungen im Zugewinnausgleichsrecht Bundesrat für mehr finanzielle Transparenz während der Ehe

Der Bundesrat hat sich am 10. Oktober für mehr Finanzklarheit während der Ehezeit ausgesprochen.

zwd Berlin (tag). Die geplanten Änderungen der Bundesregierung im Zugewinnausgleichsrecht müssten einen zusätzlichen ehelichen Auskunftsanspruch hinsichtlich der Einkommens- und Vermögensverhältnisse von EhepartnerInnen enthalten, lautete die Stellungnahme des Bundesrats zum Regierungsentwurf. Dieser Anspruch soll unabhängig von der Berufung auf familienunterhaltsrechtliche Ansprüche gelten. „Eheleute, die zusammenleben und die finanzielle Situation ihrer Partner nicht kennen, müssten die Möglichkeit haben, sich hierüber einen Überblick zu verschaffen“, so die Auffassung des Bundesrates. Der Auskunftsanspruch solle nicht übertragbar sein und wegfallen, wenn Eheleute getrennt leben.



Schuldenabbau inklusive

Mit den Modifikationen im Zugewinnausgleichsrecht möchte die Bundes-

regierung vor allem die Berechnung des ehelichen Zugewinns gerechter gestalten: Künftig soll beim gesetzlichen Zugewinnausgleich auch der Schuldenabbau berücksichtigt werden. Nach geltendem Recht bleiben Schulden, die bei der Eheschließung vorhanden sind und zu einem „negativen Anfangsvermögen“ führen, unbeachtet.

Darüber hinaus sieht der „Entwurf zur Änderung des Zugewinnausgleichs- und Vormundschaftsrechts“ (Drs. 635/08) die Verschiebung des

Stichtags für die Berechnung des Zugewinnausgleichs bei Scheidung vor. Maßgeblich ist dann nicht mehr der Scheidungstermin, sondern der Tag, an dem der Scheidungsantrag zugestellt wird. Die bisherige Regelung begünstigt, dass EhegattInnen zwischen Zustellung des Scheidungsantrags und gerichtlichem Scheidungstermin Vermögen beiseite schaffen können.

Der Regierungsentwurf zur Änderung des Zugewinnausgleichsrechts unter www.zwd.info → Dokumente

18. GFMK – ausgewählte Beschlüsse

Leitlinien für eine gendergerechte Bildung

zwd Karlsruhe (tag). Um die Chancengerechtigkeit zwischen Männern und Frauen zu fördern, hat die 18. Frauen- und GleichstellungsministerInnenkonferenz (GFMK) am 23. und 24. November in Karlsruhe eine geschlechtersensible Datenerhebung gefordert wie auch gendergerechte

Leitlinien im Rahmen von Erziehung, Bildung und Ausbildung. Sie sollen in Zusammenarbeit mit der KMK entwickelt werden. Im Folgenden hat der zwd die beschlossenen politischen Handlungsansätze in Auszügen dokumentiert.

Ländereinheitliche Genderindikatoren

- „Die 17. GFMK hat beschlossen, eine länderoffene Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der amtlichen Statistik zu bilden, die auf der Grundlage vorhandener Statistiken Gender-Indikatoren für die Länder und kommunale Ebene entwickelt. Ziel der Einführung eines ländereinheitlichen Indikatoren-systems ist es nach den Vorstellungen der 17. GFMK, Entwicklungen im Zeitverlauf abzubilden. Die GFMK stimmt den von der Arbeitsgruppe entwickelten Genderindikatoren als Grundlage* für ein ländereinheitliches Indikatorensystem zu. Sie bittet die statistischen Ämter des Bundes und der Länder und die Bundesagentur für Arbeit, die vorhandenen und für die Indikatoren ausgewählten Statistiken für eine erste Auswertung zur Verfügung zu stellen.
- Die GFMK bittet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, auf der Grundlage dieser zur Verfügung gestellten Statistiken einen „Gender Atlas für Deutschland“ erstellen zu lassen und nach Beratung in der 19. GFMK zu veröffentlichen.
- Die GFMK setzt für die Begleitung, Weiterentwicklung und Verstetigung des Entwicklungsprozesses eine mit Vertreterinnen und Vertretern der Länder, sowie weiterer Expertinnen und Experten besetzte Fachgruppe ein und bittet den Bund um Mitwirkung.“

* Überblick zu den Indikatorenfeldern:

1. Kategorie „Partizipation“: Mandate in Länderparlamenten, Frauenanteil in Landesregierungen und -kreisen, Frauen in Führungspositionen der Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft,
2. Kategorie „Bildung, Ausbildung, akademische Grade“: Schulabschluss, Studienberechtigung, Studien- und Berufswahl, Promotionen/Habilitationen,
3. Kategorie „Arbeit/Beschäftigung, Kinderbetreuung und Verdienst“: Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung, Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern mit Kindern, ElterngeldempfängerInnen, Kinderbetreuung,
4. Kategorie „Lebenswelt“: Ältere Menschen in Einpersonenhaushalten, Lebenserwartung.

Die komplette Liste der Genderindikatoren zum Download unter: www.sozialministerium-bw.de

Gendersensible Erziehung und Bildung

- „Die GFMK spricht sich für die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von GFMK und KMK aus, die Leitlinien für mehr Chancengerechtigkeit durch geschlechtersensible Erziehung, Bildung und Ausbildung entwickelt. Die GFMK-Vorsitzende wird gebeten, mit der Präsidentin der KMK Kontakt aufzunehmen.“
Anlage zum Beschluss (Umlaufbeschluss vom 11. August 2008):
- „Die GFMK begrüßt die „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“. Sie fordert, dass in Erziehung, Bildung und Ausbildung ein geschlechtersensibler Ansatz als durchgängiges Leitprinzip verfolgt wird, mit dem Ziel, ein „Mehr“ an Chancengerechtigkeit für Mädchen und Jungen, Frauen und Männer zu erreichen. Bei der konkreten Ausformung der Vorhaben bittet die GFMK die KMK und die Bundesregierung, folgende Punkte einzubeziehen:“ [...]
- „Vermittlung von Genderkompetenz in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und Verankerung in den Ausbildungsordnungen“ [...]
- „Entwicklung einer gendersensiblen pädagogischen Praxis auch bei der frühkindlichen Bildung und Berücksichtigung bei qualifizierenden und qualitätssichernden Maßnahmen.“ [...]
- „Vermittlung von Genderkompetenz in den Lehramtsstudiengängen; Verankerung in den Studien- und Prüfungsordnungen“ [...]
- „Einbeziehung von Gender Trainings und gendersensibler Selbstreflexion in die Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern, einschließlich der Leitungsebenen,
- Berücksichtigung von Genderaspekten im Qualitätsmanagement von Schulen und Einbeziehung in Qualitätssicherung bzw. Evaluation“ [...]
- „Verstärkung des Genderansatzes in den Berufsorientierungsangeboten in Schulen und in der Berufsberatung beispielsweise durch verpflichtende Gender Trainings für in der Berufsberatung Tätige,
- Ausbau von Bildungsmaßnahmen zur Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen insbesondere auf naturwissenschaftlich-technische Berufe und von Jungen auf erzieherisch-pädagogische Berufe.“

Alle Beschlüsse unter: www.sozialministerium-bw.de

18. Frauen- und GleichstellungsministerInnenkonferenz

Auf dem Weg zu einem länder einheitlichen Gender-Indikatoren-System

zwd Karlsruhe (tag). Die Gleichstellungs- und FrauenministerInnenkonferenz (GFMK) hat unter dem Vorsitz der baden-württembergischen Sozialministerin Monika Stolz (CDU) am 23. und 24. Oktober in Karlsruhe länderübergreifende Genderindikatoren beschlossen.

Die länder einheitlichen Genderindikatoren der GFMK sind den Kategorien „Partizipation“, „Bildung, Ausbildung und akademische Grade“, „Arbeit/Beschäftigung, Kinderbetreuung, Verdienst“ sowie „Lebenswelt“ zugeordnet. Informationen sollen unter anderem über den Frauenanteil in den Länderparlamenten sowie die Teilhabe von Frauen in Führungspositionen gesammelt werden. Die GFMK möchte zudem in Erfahrung bringen, wie viele MinisterInnen und SenatorInnen in den Landesregierungen vertreten sind, wie hoch der Anteil von WissenschaftlerInnen an den C 4- und W 3-Professuren ist und wie viel Prozent aller Verwaltungsspitzenposten in den deutschen Flächenländern und Stadtstaaten mit Frauen besetzt sind (vgl. Dokumentation der GFMK-Beschlüsse auf Seite 5).

Forderung nach gendergerechter Statistik

Um ein umfassendes Genderindikatoren-System erstellen zu können, fordert die GFMK die statistischen Ämter von Bund und Ländern sowie die Bundesagentur für Arbeit auf, „die vorhandenen und für die Indikatoren ausgewählten Statistiken für eine erste Auswertung zur Verfügung zu stellen“. Das Bundesfrauenministerium (BMFSFJ) wird ersucht, auf der Basis der angeforderten statistischen Daten einen „Gender Atlas für Deutschland“ zu entwickeln, der in der 19. GFMK veröffentlicht werden soll.

Gendersensibler Ansatz für Erziehung und Bildung

Während ihres Treffens einigte sich die GFMK auch auf einen gendersen-

siblen Ansatz für den Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungsbereich. Margret Seemann (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung in Mecklenburg-Vorpommern, plädierte dafür, dass Mädchen und Jungen bereits in den Kitas und Grundschulen von weibli-



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 18. GFMK

chen und männlichen Bezugspersonen oder Lehrkräften begleitet werden. „Eine geschlechtersensible Erziehung muss deutlich machen, dass Mädchen und Jungen verschiedene Fähigkeiten haben und sich unterschiedlich verhalten“, erklärte die Sozialdemokratin. Dadurch entwickelten diese auch unterschiedliche Problemlösungsansätze. Dies habe jedoch nichts mit besseren oder schlechteren Strategien zu tun, betonte Seemann.

Die Unterstützung der Initiative „Equal Pay Day“ durch die Bundesregierung begrüßten die LänderministerInnen ausdrücklich. Aus ihrer Sicht

soll die Bundesregierung aber weitere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen in Angriff nehmen, um eine höhere Einkommenstransparenz zu schaffen. Christdemokratin Stolz ergänzte, dass mehr Unternehmen und SozialpartnerInnen für eine gerechte Entlohnung gewonnen werden müssten.

Armutsbericht: Analyse zur Lage der Frauen unzureichend

Die GFMK erörterte auch den 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Nach Auffassung des Berliner Frauenensors, Harald Wolf (Die Linke), mangelt es dem Bericht an einer „umfassenden Darstellung und Analyse der Situation von Frauen“. Die Aussage der Bundesregierung, wonach das Aufholen im Bildungsbereich und bei der Erwerbstätigkeit generell mehr Chancen auf eine existenzsichernde Erwerbsarbeit für Frauen bedeute, hält er für zu pauschal. „Die Zahlen sprechen hier eine andere Sprache“, unterstrich Wolf. So habe sich die Armutsquote erwerbstätiger Frauen in den letzten Jahren verdoppelt und Alleinerziehende trügen das höchste Armutsrisiko überhaupt.

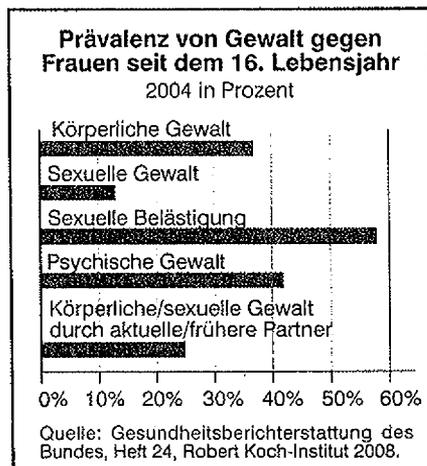
Als Herausforderung für die nahe Zukunft wurde das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege älterer Angehörige“ (Elder Care) eingestuft. Die zunehmende kontinuierliche Erwerbsbeteiligung von Frauen mache einen gezielten Ausbau von Pflegeangeboten zur Ergänzung und Unterstützung familiärer Pflege erforderlich, konstatierte die GFMK. Sie forderte die Bundesregierung auf zu prüfen, inwieweit Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen speziell für pflegende Angehörige geschaffen werden können. Zudem schlug sie vor, Unternehmen im Netzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ stärker für das Thema Elder Care zu sensibilisieren.

Gewalt gegen Frauen

ÄrztInnen fühlen sich unzureichend qualifiziert

zwd Berlin (jvo). Jede vierte Frau in Deutschland wird mindestens einmal körperlich oder sexuell von ihrem Beziehungspartner misshandelt. Werden Übergriffe durch TäterInnen aus dem öffentlichen und privaten Umfeld einbezogen, hat bereits jede dritte Frau Gewalt erlebt. Ärzte und Ärztinnen sind für sie oft die erste Anlaufstelle.

„Die Bekämpfung von häuslicher Gewalt fordert alle Kräfte und stellt auch an das Gesundheitssystem besondere Anforderungen“, betonte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Marion Caspers-Merk.



Am 30. Oktober hatte ihr Ministerium gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation und der Bundesärztekammer zum internationalen Symposium eingeladen, um Strategien zu diskutieren, wie der Gewalt gegen Frauen begegnet werden kann.

Aus Sicht der Staatssekretärin müssen vor allem Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte, aber auch andere im Gesundheitswesen beschäftigte Berufsgruppen besser darauf vorbereitet werden, notwendige medizinische und psychosoziale Unterstützung zu geben. Gewalt sei „ein großes, oft unterschätztes Gesundheitsrisiko“ und dürfe nicht länger tabuisiert werden, mahnte Caspers-Merk.

Verletzungen in Folge von Gewalt sind in den Notaufnahmen und in vielen Praxen Teil des Arbeitsalltags.

Doch die Mehrzahl der medizinischen Fachkräfte fühlt sich nicht ausreichend qualifiziert, die Folgen körperlicher und sexualisierter Gewalt zu diagnostizieren. Zu diesem Ergebnis kommt das Robert Koch-Institut in einer Analyse zu gesundheitlichen Folgen von Gewalt, welche im Vorfeld des Symposiums veröffentlicht wurde.

Das Robert Koch-Institut stellte zudem fest, dass es vielen Behandelnden an Informationen über kommunale und regionale Hilfsangebote wie zum Beispiel Frauenhäuser oder psychosoziale Beratungsstellen fehlt. Erschwerend komme hinzu, dass viele Frauen nicht von sich aus über erlittene Gewalt sprechen. Sie hätten den Wunsch, unmittelbar darauf angesprochen zu werden.

Laut einer Repräsentativuntersuchung im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums aus dem Jahr 2004 beträgt der Anteil der Frauen, die seit dem 16. Lebensjahr körperliche Übergriffe wie Wegschubsen, Ohrfeigen bis hin zu Tritten, Faustschlägen und Waffengewalt erlebt haben, 37 Prozent.

www.zwd.info → Dossier

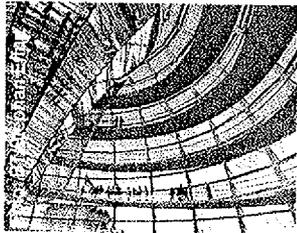
- Themenheft „Gesundheitliche Folgen von Gewalt“, Robert Koch-Institut 2008,
- Gesundheit-Gewalt-Migration, Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) der Universität Bielefeld 2008,
- Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland, Bundesfrauenministerium 2005, u.v.m.

Anhörung im Frauenausschuss

djb: Bundeseinheitliche Finanzierung von Frauenschutzhäusern ist rechtlich möglich

zwd Berlin (tag). Den internationalen Gedenktag „Nein zu Gewalt an Frauen“ am 25. November haben Parteien und Frauenorganisationen zum Anlass genommen, die Sicherung der Existenz von Frauenhäusern anzumahnen. Bestärkt sehen sie sich in ihrem Anliegen durch ExpertInnen, die zwei Wochen zuvor in einer öffentlichen Anhörung des Frauenausschusses im Bundestag für eine bundeseinheitliche Finanzierung von Frauenhäusern plädierten.

„Opfer von familiärer Gewalt brauchen sichere Zufluchtsorte“, erklärte die Integrations- und migrationspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Sibylle Laurischk anlässlich des internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen. In Deutschland sei die Existenz von Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen aber oft nicht gesichert betonte Laurischk. Auch die jüngste Anhörung von ExpertInnen im Frauenausschuss am 12. November habe die Notwendigkeit einer gesicherten Finanzierung der Frauenhäuser gezeigt, fuhr sie fort. Der Bund müsse seine Zuständigkeit für den Opfer- und Kinderschutz wahrnehmen.



Verlässliche Finanzierung aus einer Hand

„Frauenhäuser müssen länderübergreifend zur Verfügung stehen, auch deswegen brauchen wir eine verlässliche Finanzierung aus einer Hand“, argumentierte Viktoria Nawrath von der Frauenhauskoordinierung während der Anhörung. In diesem Zusammenhang wies sie auf die Schwierigkeit von Ausländerinnen hin, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus nicht den Bezirk wechseln dürften. Auch Susanne Köhler vom Deutschen Juristinnenbund (djb) sieht Handlungsbedarf. Derzeit sei die „bundesweite Funktionsfähigkeit der Häuser nicht sichergestellt“, mahnte sie an. Der djb hält eine bundeseinheitliche Finanzierung von Frauenschutzhäusern rechtlich

für möglich. „Es ist davon auszugehen, dass unter Zugrundelegung von Art. 104a Abs. 3 GG eine bundeseinheitliche Finanzierung realisiert werden kann“, argumentierte der djb in seiner Stellungnahme. Ein Bundesgesetz, das Geldleistungen gewährt und von den Ländern ausgeführt wird, könne bestimmen, dass die

Geldleistung ganz oder zum Teil vom Bund zu tragen ist.

Derzeit werden Häuser, in denen gewaltbedrohte Frauen Zuflucht finden, oft aus mehreren Töpfen finanziert. Zudem erhalten in vielen Bundesländern die Häuser für Frauen, deren Aufenthalt mit Arbeitslosengeld II bezahlt wird, nur Tagessätze. Beide Tatsachen erschweren die Finanzierung erheblich, so die Kritik der Sachverständigen. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge bemängelte in seiner Stellungnahme, dass die individuelle Leistungsabrechnung über das Sozialgesetzbuch II nicht alle Kosten der Frauenhäuser abdeckt. Die Konsequenz sei, dass die Häuser entweder ein Minus machen oder hilfsbedürftige Frauen ablehnen.

Oppositionsanträge von Grünen, FDP und Linken

Grundlage der Anhörung waren drei Anträge der Oppositionsfractionen im Bundestag. Nach dem Willen der Grünen (Drs. 16/10236) soll die Regierung mit den Ländern Gespräche über eine

bedarfsgerechte Versorgung der Häuser führen. Die Platzangebote seien in vielen Bundesländern nicht mehr ausreichend, verließ die frauenpolitische Sprecherin der Grünen, Irmingard Schewe-Gerigk, der Forderung ihrer Fraktion Nachdruck. So mussten etwa in Nordrhein-Westfalen 2006 rund die Hälfte der Schutzsuchenden abgelehnt werden.

Die Liberalen fordern in ihrem Antrag (Drs.16/8889) die Bundesregierung unter anderem auf, bis Ende des Jahres einen Bericht zur Lage der Frauenhäuser vorzulegen. Die Linken wollen die Auswirkungen der SGB II-Tagesätze auf die Finanzierung von Frauenhäusern und die Möglichkeit bundeseinheitlicher Finanzierungsregeln prüfen lassen (Drs. 16/6928).

Regierungsfractionen sehen Länder in der Pflicht

Nach Einschätzung der SPD-Bundestagsfraktion hat der Bund aufgrund der föderalen Strukturen kaum Regelungsmöglichkeiten zur Finanzierung der Frauenhäuser. Hier seien die Länder gefordert, Strukturen zur dauerhaften Finanzierung zu schaffen, gab die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Caren Marks, im Anschluss an die Anhörung zu bedenken.

Der frauenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Singhammer, erklärte, die ExpertInnen hätten deutlich gemacht, dass es dem Bund verwehrt sei, eine einheitliche Regelung der Finanzierung von Frauenhäusern zu schaffen. Er kündigte an, dass seine Fraktion die Erkenntnisse der Anhörung sorgfältig auswerten und an die Länder appellieren werde, für ausreichend finanziell abgesicherte Unterstützungsangebote für Frauen zu sorgen.

Anträge der Oppositionsfractionen unter www.zwd.info → Dokumente

Frauen stehen nicht mehr automatisch für die häusliche Pflege zur Verfügung

„Umfang und Bedeutung der privat erbrachten Pflegearbeit unter der Geschlechterperspektive“ sind im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von der Direktorin des Zentrums Altern und Gesellschaft der Universität Vechta, Prof. Dr. Gertrud M. Backes untersucht worden. Die wichtigsten Ergebnisse der Studie sind:

- Der Umfang der privaten Pflegearbeit wird extrem unterschätzt: die Wertschöpfung der häuslich-privaten Pflegearbeit liegt bei 44 Milliarden Euro.
- Diese Summe ist um ein Dreifaches höher als die Ausgaben für die Pflegeversicherung.
- Die Arbeitszeit für die häuslich-private Pflege entspricht in Vollzeitäquivalenten etwa 1,3 Mio. Arbeitsplätzen.
- Die informelle Pflegearbeit wird zu zwei Dritteln von Frauen zu einem Drittel von Männern geleistet.
- Die Anzahl der Pflegebedürftigen steigt, die Zahl der für private Pflegearbeit zur Verfügung stehenden Personen sinkt.
- Die Probleme der Vereinbarkeit von Berufsarbeit und privater Pflegearbeit werden größer.
- Die Geschlechterverhältnisse ändern sich, und Frauen stehen nicht mehr automatisch für die private Arbeit zur Verfügung.
- Die politische Gestaltung der bisher noch privat geleisteten Pflegearbeit ist eine drängende Zukunftsaufgabe.

Die Expertise „Gender und Pflege“ betont: „Der Wunsch der meisten Pflegebedürftigen, in den eigenen vier Wänden gepflegt zu werden, bedeutet nicht, dass es die Angehörigen, vor allem die Töchter, Schwiegertöchter und Partnerinnen, tun sollen. Vielmehr gilt es, die professionelle häusliche Versorgung auszubauen, Männer für die private und professionelle Pflege zu gewinnen und die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in der Pflege attraktiver zu machen.“ (fpd 11.11.08)

♀

Bedenkliche Vorbilder

Die neuen Heldinnen in den Trickfilmserien sind extrem dünn, haben eine enge Wespentaille und unnatürlich lange Beine. Dies zeigt eine Analyse des „Internationalen Zentralinstituts für Jugend- und Bildungsforschung“ (IZI) in München. Es hat die Körper von 102 Mädchen und jungen Frauen in Zeichentrickfilmen vermessen, die global vermarktet werden. Das Ergebnis: Zwei Drittel dieser Figuren haben keine natürlichen Körperformen. Elke Schlote, wissenschaftliche Mitarbeiterin des IZI: „Wenn das reale Figuren wären, dann wären sie über zwei Meter groß, hätten aus Platzgründen keine inneren Organe, Atemprobleme, Osteoporose und müssten sich ein, zwei Rippen raus operieren lassen, um diese Körpermasse erreichen zu können.“ Diese viel zu schlanken und sexualisierten Figuren entsprächen nicht einem typischen Kinderkörper und seien falsche Vorbilder für junge Mädchen, sagt Elke Schlote. In früheren Zeichentrickserien wie „Bibi Blocksberg“ hätten die Mäd-

Gema diskriminiert Frauen

Der Anwalt und ehemalige Verwaltungsrichter Hans-Georg Kluge ist sichtlich erfreut: „Heute ist ein Stück Frauendiskriminierung in Deutschland abgebaut worden.“ Am Mittwoch verurteilte das Landesarbeitsgericht Berlin die Verwertungsgesellschaft Gema dazu, seiner Mandantin, der Angestellten Silke Kühne, rund 48.000 Euro Schadensersatz zu zahlen. Dazu muss sie ihr nun eine Gehaltsdifferenz von rund 1.400 Euro pro Monat aufschlagen – unbefristet.

Silke Kühne, „Abteilungsleiterin Personal“ bei der Berliner Niederlassung der Gema, hatte geklagt, weil ein Kollege, der noch nicht so lange bei der Gema arbeitet wie sie, zum Personaldirektor befördert wurde. Kühne wurde nicht einmal gefragt – obwohl sie die gleiche Arbeit verrichtete wie der Kollege. Kühne argumentierte statistisch: Alle 27 Chefesseln bei der Gema seien mit Männern besetzt. Dabei gebe es in der Hierarchiestufe darunter zu 45 Prozent Frauen. Sie verwies auf ein mathematisches Gutachten. Demnach beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass diese Konstellation ein Zufall ist, nur ein Prozent. Mit 99-prozentiger Wahrscheinlichkeit liege also Diskriminierung vor. Das Gericht unter dem Vorsitz des Richters Joachim Klues hat diese Art von statistischem Beweis zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Antidiskriminierungsrechts anerkannt. (..) Nach dem AGG muss die Klagende Indizien für die Diskriminierung vorbringen. Demnach muss die Beklagte beweisen, dass sie nicht diskriminiert hat. Das fiel der Gema schwer, sie hatte die Stelle nämlich nicht ausgeschrieben. Deshalb war für das Gericht nicht erkennbar, ob Kühne dem Anforderungsprofil weniger gut entsprochen hätte als ihr männlicher Kollege. (...) „Andere Frauen werden nun bestärkt, ebenfalls den Klageweg zu beschreiten.“ Allerdings ist die Befriedigung eine vorläufige: Beide Seiten werden in Revision gehen. (faz 27.11.08)

♀

chen noch natürliche Proportionen gehabt. Elke Schlote: „Bei den Figuren Bibi Blocksberg sehen wir, dass es typische Kinderfiguren sind. Sie haben einen ganz geraden Körper und sind in keiner Weise übersexualisiert.“ Die Heldin der Serie „Kim Possible“ (Super RTL, SF 2, ORF) hingegen ist superschlank und hat ellenlange Beine. Zielgruppe dieser Serie sind 6 bis 13-Jährige. Frank Klasen, zuständig bei „Super RTL“, sagte im NDR-Fernsehen: „Wir haben keinen Einfluss auf die Produktion einer solchen Serie. Die deutschen Kinderprogramme, die hier dargeboten werden, kommen zu fünfzig Prozent aus dem nordamerikanischen Raum, und sind auch Kaufwaren.“ Auch in anderen Serien wie „Horseland“ (Kika, ORF) und „Winx Club“ (Nick) dominieren sexualisierte Heldinnen. Im Unterschied zu den Mädchen ist das Bild der Jungen im Kinderfernsehen differenzierter. Elke Schlote: „Bei den Jungs gibt es eine Bandbreite von sehr dicken, rundlichen über normale bis hin zu sehr männlichen, übersexualisierten Jungen mit breiter Schuler und extrem schmalen Hüften.“ Adresse: Die IZI-Analyse ist im Internet: www.br-online.de/jugend/izi/deutsch/forschung/maedchen_jungen_TV.htm

♀

Junge Männer sind für Vaterschaft und Kinder, aber nicht zu Lasten des Berufs

Traditionelles Rollenbild

Von einem „Zeugungsstreik“ könne nicht die Rede sein. Junge Männer hätten durchaus „Bock auf Familie“, wollten aber zunächst beruflich Fuß fassen. Dies ist das Resümee einer Studie „Wege in die Vaterschaft: Vaterschaftskonzepte junger Männer“, die das Deutsche Jugendinstitut München

(DJI) jetzt vorgelegt hat. Im Einzelnen lassen sich die Ergebnisse der Studie, die sich auf die Aussagen männlicher Jugendlicher und junger Erwachsener zwischen 15 und 42 Jahren stützt, wie folgt zusammenfassen:

- 9 von 10 der befragten kinderlosen Männer sagen ja zu Kindern, für 66 % sind dazu aber eine gefestigte Partnerschaft und finanzielle Sicherheit die Voraussetzung.
- 95,5 % vertreten nach wie vor das ErnährermodeLL und sehen es als ihre Aufgabe an, der Familie ein Heim zu bieten.
- Eine frühe Vaterschaft ist deshalb für 57,2 % der Befragten unvorstellbar; das Modell „Erst Ausbildung und Beruf, dann Familie“ ist im Westen stärker ausgeprägt.
- 55,3 % meinen zwar, durch die Vaterschaft an Lebensfreude zu gewinnen, aber 62,5 % sind überzeugt, ihre finanzielle Lage werde sich dann deutlich verschlechtern.
- 94,9 % der Befragten halten es für wichtig, sich Zeit für das Kind nehmen zu können, betonen aber, das Engagement in der Familie dürfe nicht zu Lasten des Berufs gehen.
- 90,9 % wünschen sich am Arbeitsplatz Maßnahmen, die ihnen mehr Zeit für die Familie ermöglichen.
- Nur 3 % der berufstätigen Väter geben an, dass sie am Arbeitsplatz ausreichend Unterstützungsangebote zur Kinderbetreuung vorfinden.

Als „Handlungsempfehlungen“ nennt die DJI-Studie, „schon Bildungs- und Ausbildungsphasen eltern- und damit auch väterfreundlicher zu gestalten“; ferner sollten „Ausbildung bzw. Studium und Vaterschaft simultan z. B. durch eine größere zeitliche Flexibilität möglich gemacht werden“.

(fpd 11.11.08)

♀

Females in Front: 250 Millionen Frauen in der EU. Und nicht eine einzige gut genug?

Auf der Internetseite www.femalesinfront.eu werden Unterschriften für eine Internet-Petition gesammelt, die fordert, dass die Staats- und Regierungschefs wenigstens eine Frau als Kandidatin für einen der vier „Top-Jobs“ der EU bestimmen. Die Initiative geht zurück auf die dänische sozialdemokratische Europaabgeordnete Christel Schaldemose. Ihr Ziel: eine Million Unterschriften von europäischen Bürgerinnen und Bürgern zu sammeln, in der Hoffnung, die endgültige Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der EU-Länder zu beeinflussen. Denn: Innerhalb des kommenden Jahres müssen vier Führungspositionen besetzt werden: „der“ Präsident des EU-Ministerrats, „der“ Präsident des Europäischen Parlaments, „der“ Präsident der Europäischen Kommission und „der“ Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik“. Weitere Informationen: <http://www.femalesinfront.eu>

♀

Den Aufstieg aus Niedriglohn-Jobs in besser bezahlte Arbeit schafft nur jede vierte Frau

Die Ausbreitung des Niedriglohns trifft Frauen besonders. Von der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns würden Frauen besonders profitieren. Das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Essen-Duisburg hat jetzt dazu Berechnungen vorgelegt, die nach Mitteilung von Forschungsdirektorin Claudia Weinkopf insbesondere folgendes ergeben haben:

- Frauen stellen schon 2006 fast 70 % der Niedriglohnbeschäftigten.
- Fast jede dritte Frau (30,5 %) arbeitet für wenig Geld, 1995 galt das erst für ein Viertel der Frauen.
- Auch bei Vollzeit beschäftigten Frauen liegt der Niedriglohnanteil mit ca. 23 % etwa doppelt so hoch wie unter Vollzeit beschäftigten Männern.
- Während es jedem 2. Mann gelingt, innerhalb von 5 Jahren aus einem Niedriglohnjob in besser bezahlte Arbeit aufzusteigen, schafft dies bei den Frauen nur jede vierte.
- Wegen des Zusammentreffens von niedrigen Stundenlöhnen und kurzer Arbeitszeiten ist eine eigenständige Existenzsicherung nicht möglich.
- Die Einschätzung, dass Frauen in Niedriglohnjobs nur einen Zuverdienst zum Haushaltseinkommen suchen, ist fragwürdig.
- Von der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns würden Frauen überproportional profitieren.
- Tarifliche Mindestlöhne über Allgemeinverbindlichkeit und Entsendegesetz sind keine Alternative, da sie in typischen Frauenbranchen häufig nicht zustande kommen.
- Auch Mindestlöhne führen alleine nicht automatisch zu einer eigenständigen Existenzsicherung von Frauen.
- Selbst Mindestlöhne in Höhe von 7,50 oder 8,00 Euro reichen bei Teilzeitarbeit oder im Minijob dafür nicht aus.

Nach Ansicht der IAQ-Expertise „müssen die Rahmenbedingungen für Frauenerwerbsarbeit verbessert werden, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert, das Steuer- und Sozialversicherungssystem modernisiert und die Anreize zur Aufspaltung von Arbeitsverhältnissen (in Minijobs) verringert werden.“

(fpd 11.11.08)

♀

LAGazette 5/2008

38

Die Hälfte der Frauen-Renten liegt noch unter der Grundsicherungs-Grenze

„Altersarmut ist weiblich: Frauen haben im Durchschnitt 61 % der Rente der Männer. Die Hälfte der Frauenrenten liegt sogar unter der Grundsicherungsgrenze. Nur durch den Verweis auf die Einstandspflicht in Ehe und Partnerschaft, d. h. die Anrechnung des so genannten Haushaltseinkommens, gelten Frauen als weniger arm.“ Dies wurde auf der bundesweiten 4. Frauen-Alterssicherungskonferenz festgestellt, die die Vorstandsbereiche Sozialpolitik und Frauen- und Gleichstellungspolitik der Gewerkschaft ver.di in Hannover durchgeführt haben. Weiter wurde bilanziert: „Die aktuelle Sozial- und Steuerpolitik schreibt den Verweis in die Versorger-Ehe fort, und Arbeitgeber profitieren davon: Frauen verdienen im Durchschnitt 24 % weniger als Männer, während das ‚Ernährermodell‘ schon lange am Ende ist.“ (fpd 03.11.08)

♀

Armut von Kindern und Alleinerziehenden wächst bei uns schneller als im Ausland

Die Armut ist in Deutschland in den letzten Jahren nach einer Erhebung der OECD schneller gewachsen als in allen anderen europäischen Industriestaaten. Besonders betroffen, so wird betont, seien Kinder und Alleinerziehende, meist Frauen. Jedes 6. Kind in Deutschland sei arm. Ihr Anteil habe sich von 7 % in 1985 in 20 Jahren auf 16 % erhöht. Auch habe die Zahl der überwiegend weiblichen Alleinerziehenden, die wegen der Kinderbetreuung nur teilweise und in schlecht bezahlten Jobs arbeiten können, stark zugenommen. Deutschland habe im OECD-Vergleich die höchste Rate an Haushalten ohne Erwerbspersonen. Die Armutsquoten seien aber auch deshalb gestiegen, weil sich die Einkommen der oberen Schichten überdurchschnittlich erhöht hätten. Denn als „arm“ werde eingestuft, wer weniger als die Hälfte des mittleren Einkommens zur Verfügung habe. Die jetzt veröffentlichte OECD-Studie beruht auf Datenmaterial bis 2005, berücksichtigt demnach nicht die letzten 3 Jahre. (fpd 03.11.08)

♀

Deutschland fällt bei Gleichstellung zurück

Deutschland ist auf einer Rangliste des Weltwirtschaftsforums (WEF) zur Gleichstellung der Frauen deutlich zurückgefallen. Nahm die Bundesrepublik im vergangenen Jahr noch Platz sieben ein, so liegt sie in der Rangfolge 2008 auf Platz elf. Angeführt wird die Liste, die Auskunft darüber geben soll, wie es um die Gleichstellung der Frauen in Politik, Wirtschaft, Bildung, bei Gesundheit und Lebenserwartung steht, von Norwegen. Es folgen Finnland und Schweden. Die dritte Rückstufung Deutschlands seit 2006 begründet das Forum mit einer sich erweiternden Kluft sowohl bei der wirtschaftlichen wie auch der politischen Beteiligung von Frauen. (taz 13.11.08)

♀

„Heimchen am Herd“ steht bei jungen Männern nach wie vor hoch im Kurs

„Zwei von drei jungen Männern in Deutschland finden es nicht besonders wichtig, dass junge Mütter neben ihrem Einsatz für die Familie auch eigene Wünsche und Interessen durchsetzen.“ Und: „Während nur 32 % der Männern zwischen 16 und 29

den Wunsch der Frauen nach Selbstverwirklichung trotz Kindern voll unterstützen, waren es bei den jungen Frauen 64 %, als knapp zwei Drittel. Dies ergab die „Vorwerk Familienstudie 2008“, die vom Institut für Demoskopie Allensbach erstellt wurde. Die „Vorwerk Familienstudie“ wird seit 2005 jährlich durchgeführt. In einer vergleichenden Auswertung heißt es dazu: „Seither scheint das Prestige der Hausarbeit und Kindererziehung ein wenig gestiegen zu sein. In der ersten Studie von 2005 hatten noch 72 % der Befragten die mangelnde Anerkennung von Familien- und Hausarbeit in Deutschland beklagt. Bei der jüngsten Umfrage taten dies nur noch 62 %. Um die Doppelbelastung von Familienarbeit und Beruf besser bewältigen zu können, wünschen sich Eltern mehr finanzielle Hilfen vom Staat (54 %), geringere berufliche Belastungen (35 %) und familienfreundlichere Arbeitszeiten (45 %).“ (fpd 01.10.08)

♀

Bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie schlafen einige noch auf den Bäumen

Der Fachkräftemangel der Wirtschaft kann nach Ansicht von Bundesfamilienministerin von der Leyen nur durch die Steigerung der „Müttererwerbstätigkeit“ mittels einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie befriedigt werden. In einem Interview mit dem „Handelsblatt“ sagte sie: „Ich erlebe eine Wirtschaft der zwei Geschwindigkeiten. Einige schlafen noch auf den Bäumen, aber es gibt hochinnovative, hellwache Unternehmen, die konsequent mit mir für eine bessere Vereinbarkeit arbeiten - mit Betriebskitas, flexiblen Arbeitszeiten, Vertrauensarbeitszeiten oder Laptop-Arbeitsplätzen. In unserem Unternehmensnetzwerk, das sich ausschließlich mit diesem Thema beschäftigt, machen schon mehr als 1.800 Unternehmen mit - das ist einmalig auf der Welt. Aber wir dürfen uns nicht zurücklehnen, Fachkräfte gehen aus Regionen weg, oder ziehen erst gar nicht in Regionen, wenn sie dort mit ihren Partnern und Kindern nicht gut arbeiten und leben können.“ (fpd 14.10.08)

♀

Zwangsehen

Die Bundesregierung kann keine Angaben über das vermutete oder tatsächliche Ausmaß von Zwangs- und Scheinehen machen. Dies teilte sie auf Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen mit. Die Visa-Stellen in der Türkei führten auch keine Statistiken über Anträge auf Ehegattennachzug, bei denen von Zwangs- oder Scheinehen auszugehen sei. Das Bundesfrauenministerium bereite jetzt die Vergabe einer wissenschaftlichen Untersuchung zu der Thematik vor. Mit dem Abschluss der Untersuchung sei aber erst 2010 zu rechnen. (fpd 11.11.2008)

♀